

## Briten ziehen Steuer für Energiekonzerne in Betracht

Die Einnahmen kämen armen Haushalten zugute

Einmal im Jahr ist in Großbritannien der sogenannte MOT-Test fällig, eine Prüfung der Verkehrstauglichkeit des Fahrzeugs, vergleichbar mit dem Termin beim TÜV in Deutschland. So schreibt es das Verkehrsministerium, Ministry of Transport (MOT), für alle Autos vor, die älter sind als drei Jahre. 54,85 Pfund (rund 65 Euro) werden dafür fällig. Doch wenn es nach Verkehrsminister Grant Shapps geht, könnte die Bescheinigung der Verkehrstauglichkeit bald für zwei Jahre genügen. Der Vorschlag gehört zu einem Bündel an Ideen, die die britische Regierung prüft, um den erheblichen Druck auf die Lebenshaltungskosten im Land abzumildern.

VON CLAUDIA WANNER  
AUS LONDON

Ausdrücklich aufgerufen waren die Minister, Sparmaßnahmen vorzuschlagen, die den Staatshaushalt nicht belasten. Für zusätzliche Ausgaben sei jetzt nicht der Moment, betont Finanzminister Rishi Sunak immer wieder. Sie würden lediglich die ohnehin hohe Inflation – im März lag sie bei 7 Prozent, ein 30-Jahreshoch – weiter nach oben treiben. Hohe Preise für Strom, Gas, Benzin, dazu rasch steigende Kosten für Lebensmittel und Waren des täglichen Gebrauchs machen auch Menschen in Großbritannien seit Monaten zu schaffen. Hinzu kommen seit Anfang April noch höhere Steuern und Abgaben, um den von der Pandemie gebeutelten staatlichen Gesundheitsdienst NHS zu unterstützen und endlich eine Form von staatlicher Alterspflege einzuführen. Doch Erleichterungen für besonders betroffene Haushalte gibt es bisher kaum.

Finanzminister Sunak hat inzwischen vorsichtig eingelenkt: Zum ersten Mal räumte er Mitte der Woche ein, dass er eine Sondersteuer auf die unerwartet hohen Gewinne von Energiekonzernen nicht weiter ausschließen. In einem Gespräch mit dem Online-Elternforum „Mumsnet“ erläuterte Sunak, dass er im Frühjahr-Update zum Haushalt zwar auf einen solchen Schritt verzichtet habe. Er gehe davon aus, dass die Konzerne die hohen Gewinne in den Ausbau der Energiegewinnung und -infrastruktur investieren würden. „Aber wenn wir diese Art von Investitionen in Zukunft nicht sehen, und wenn die Unternehmen nicht diese Investitionen in unser Land und unsere Energiesicherheit vornehmen, dann ist das natürlich etwas, das ich mir ansehe, und bei diesen Dingen ist keine Option jemals vom Tisch.“ Der Schatzkanzler verwies auf die Ankündigung von Shell, in den kommenden zehn Jahren zwischen 20 und 25 Milliarden Pfund in das britische Energiesystem zu investieren. Drei Viertel des Betrags sind vorgesehen für klimafreundliche Projekte ohne oder mit sehr niedrigen Emissionen wie Offshore-Windparks oder der Ausbau des Ladenetzes für E-Autos.

Welchen Rückenwind die hohen Energiepreise einzelnen Anbietern verschaffen, zeigen die Ergebnisse der beiden Branchenriesen Shell und BP für das vergangene Jahr. Shell konnte den Gewinn von 4,85 Milliarden Pfund auf 19,3 Milliarden Pfund vervierfachen. Bei BP standen 12,8 Milliarden Pfund unter dem Strich, nach einem Verlust im Vor-

jahr. Als „Geldautomaten“ hat Vorstandschef Bernard Looney das Unternehmen bezeichnet. Auch BP plant Investitionen, unter anderem in der Nordsee.

Bisher hatte die Regierung der Idee einer Sondersteuer stets eine komplette Absage erteilt. Schädlich für das Investitionsklima sei ein solcher Vorstoß, würde die Planungssicherheit in Frage stellen. Da Sunak aber immer wieder betont, dass er bis zu der nächsten Wahl, spätestens 2024, die Steuerlast für Unternehmen und Haushalte reduzieren wolle, könnte eine solche Sondersteuer Geld in den Haushalt spülen, um es einzusetzen, wo Hilfe benötigt wird, sind Befürworter der Maßnahme überzeugt.

Sparideen wie die Verlängerung des TÜVs seien der Situation jedenfalls nicht angemessen. Als „abgedreht“ bezeichnete Torsten Bell, Direktor der Denkfabrik Resolution Foundation, die Idee, dass solche Schritte tatsächlich fundamentale Verbesserungen mit sich bringen würden. „Unser Problem ist ein großer Anstieg der Kosten für fast jeden, der für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen besonders schwer zu meistern ist. Die Antwort sollte daher sein, den Anstieg der Kosten zu verringern oder das Einkommen dieser Haushalte anzuheben. Das Sozialsystem ist der bei weitem einfachste Weg dafür.“

Eine Reihe der Sparvorschläge der Minister würden die besonders betroffene Zielgruppe gar nicht erreichen, etwa weil sie gar kein Auto besitzen, für das sie den TÜV sparen könnten. Auch der Automobilverband hat sich gegen die Lockerung ausgesprochen, da Reparaturen über die Lebensdauer eines Fahrzeugs betrachtet eher teuer werden dürften. Zu den kostenneutralen Vorschlägen gehört auch, das Verhältnis von Erzieherinnen zu Kindern in der Frühherziehung zu lockern und so die Betreuungskosten zu verringern. Eine andere Idee sieht vor, die Einfuhrzölle auf eine Reihe von Lebensmitteln wie Reis oder Orangen auf Null zu setzen. Doch die Idee kommt unter anderem bei Anne-Marie Trevelyan, der Ministerin für internationalen Handel, nicht gut an, da sich das Land damit Chancen bei Handelsverträgen vergeben würde.

Weniger Widerstände gibt es gegen die Idee einer Kampagne, um auf finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten hinzuweisen, die bisher nicht ausgeschöpft werden. Zustehende Leistungen im Wert von 15 Milliarden Pfund im Jahr werden von Berechtigten nicht eingefordert, schätzt die Regierung, von Zuschüssen zur Kinderbetreuung bis zu Steuererleichterungen.

Umgesetzt wurde bisher lediglich eine Maßnahme. Die Grenzkontrollen für Einfuhren aus der EU wurden am Donnerstag zum vierten Mal verschoben. Regelmäßige Sicherheits- und Gesundheitsprüfungen, vor allem für Nahrungsmittel und lebende Tiere, die in den kommenden Monaten eingeführt werden sollten, werden jetzt bei Importen aus EU-Staaten frühestens ab Ende 2023 fällig. Jacob Rees-Mogg, Minister für Brexit-Chancen, verkaufte den Schritt als eine Möglichkeit, die sich erst durch den Brexit ergeben habe. Und die Kosten von einer Milliarde Pfund im Jahr einsparen würde, zum Wohle der Verbraucher.

Die Corona-Pandemie führt zu einem demografischen Umbruch in Deutschland. So kamen hierzulande 2021 so viele

Kinder auf die Welt wie seit fast einem Vierteljahrhundert nicht mehr. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden (Destatis) bezifferte die Zahl der Geburten jetzt auf 795.517 – mehr Kinder waren hierzulande zuletzt 1997 auf die Welt gekommen. „Wir beobachten einen gewissen Cocooning-Effekt“, sagt Martin Bujard, stellvertretender Direktor beim Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) in Wiesbaden. In den Lockdowns hätten offenbar viele junge Paare Zeit gefunden, in Ruhe über ihren Kinderwunsch zu reden. Nicht wenige hätten sich dafür entschieden, ein weiteres Kind zu bekommen.

VON DANIEL ECKERT

„Die Pandemie hat hier sicher ihren Anteil“, sagt Guido Lingnau, geschäftsführender Gesellschafter der auf demografische Analysen spezialisierten Investmentgesellschaft Guliver in Berlin. Der Anstieg der Geburten lässt sich seiner Meinung nach mit der fortgesetzten Lockdown-Situation erklären. „Familien waren sehr lange mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen.“ Gerade das dritte Kind passe da ins Bild.

Allerdings gab es große Unterschiede, nach sozialen Gruppen – und regional. „In Westdeutschland stiegen die Geburtenzahlen im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2020 um 3,3 Prozent“, heißt es beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. Anders in Ostdeutschland. Dort ist die Zahl der Geburten im Vergleich um mehr als fünf Prozent zurückgegangen. Die Statistiker führen das auf die abnehmende Zahl potenzieller Eltern zurück. In vielen ostdeutschen Landkreisen und Städten liegt das Durchschnittsalter deutlich oberhalb des Bundesschnitts von knapp 45. In einigen Gebietskörperschaften wie Mansfeld-Südharz, Greiz, Altenburger Land, Dessau-Roßlau oder Suhl ist der durchschnittliche Einwohner inzwischen 50 Jahre und älter, also jenseits des üblichen Alters der Elternschaft.

Insgesamt war in Deutschland vorwiegend eine Zunahme dritter oder vierter Kinder zu beobachten, also von Müttern, die bereits mindestens zwei Kinder haben. Die Ziffer kletterte laut Destatis um knapp vier Prozent. Die Geburten der ersten Kinder nahmen dagegen nur gering zu, insgesamt nur um 1,2 Prozent, vermerken die Forscher des Bundesamts. „Bei Paaren, die vorher noch kinderlos waren, hat sich nicht so viel getan“, stellt Demografie-Forscher Bujard fest. Der Wunsch nach dem dritten oder vierten Kind sei einerseits bei hochgebildeten Frauen nachweisbar, und andererseits bei Frauen mit niedrigem formalem Bildungsabschluss. In der Mitte sei der Wunsch nach mehr als zwei Kindern dagegen nicht so stark.

Der Anstieg der Geburtenrate sollte nach Ansicht des Forschers nicht überschätzt werden, von einer Trendwende will Bujard angesichts der höchsten Geburtenzahl seit 1997 nicht reden. Insgesamt rangiere die Geburtenrate mit 1,5 weiter im europäischen Mittelfeld, und auch der Anstieg war 2021 mit zwei Prozent im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2020 nicht besonders ausgeprägt. Im Osten ging der Zahl der Geburten sogar zurück.

Einen gewissen Einfluss auf die steigende Geburtenrate dürfte auch die Migration der vergangenen Jahre haben. In manchen Migrantinnengruppen ist die Neigung, mehrere Kinder zu haben, traditionell höher als bei deutschen

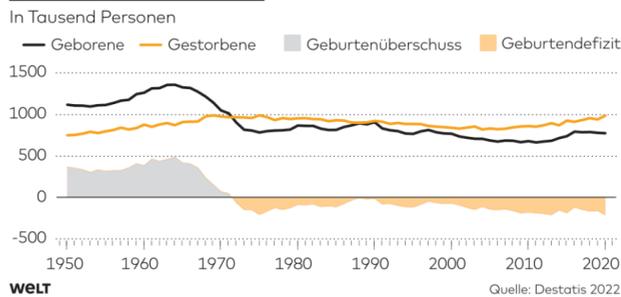
### Höchste Geburtenzahl seit 1997



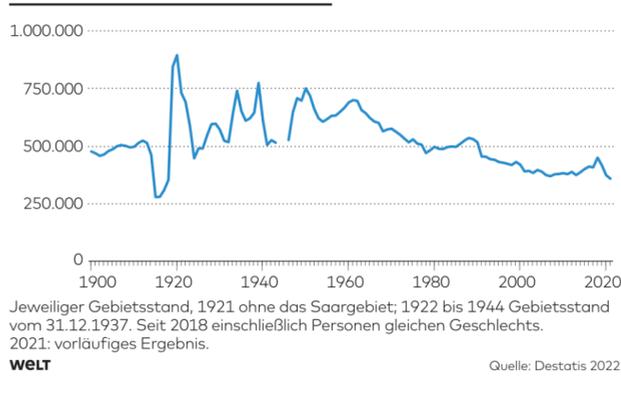
## So viele Kinder wie seit 25 Jahren nicht mehr

Forscher sprechen von „Cocooning“, einer Rückbesinnung auf die Familie. Doch nicht überall in Deutschland ist die Geburtenzahl gestiegen. Im Osten ging sie nach unten

### Differenz zwischen Zahl der Geborenen und Zahl der Gestorbenen



### Eheschließungen im Zeitverlauf



Frauen. Da der Anteil der Ausländerinnen in den zurückliegenden Jahren zugenommen hat, hebt das die Geburtenrate insgesamt etwas an. Allerdings betont der Forscher, dass der Geburten-trend auch bei Frauen mit deutschem

Pass nach oben zeigt. Von den rund 796.000 in Deutschland geborenen Kindern hatten rund 109.000 eine ausländische Staatsangehörigkeit, also 13,7 Prozent. Fünf Jahre zuvor lag der Anteil nur etwas niedriger bei 12,4 Prozent.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wurden von westlichen Staaten umfangreiche Sanktionen verhängt, die vor allem darauf abzielen, den Zugang Russlands zu harten internationalen Währungen zu beschränken. Russland ist jedoch der weltweit größte Exporteur von Öl und Gas, was bei den derzeitigen Energiepreisen zu täglichen Einnahmen von schätzungsweise über einer Milliarde US-Dollar für Öl, raffinierte Produkte und Erdgas führt.

Da die brutale Aggression Russlands gegen die Ukraine unvermindert anhält, sollten die EU-Regierungen ihre Sanktionen verschärfen und Putin dort treffen, wo es am meisten weh tut: bei den Öl- und Gasexporteinnahmen, die fast die Hälfte des russischen Staatshaushalts ausmachen.

Die USA, Kanada, Australien und das Vereinigte Königreich haben Pläne angekündigt, die Energieeinfuhren aus Russland schrittweise zu reduzieren. Der Hauptabnehmer russischer fossiler Brennstoffe, die EU, hat bisher von einem vollständigen Öl- und Gasembargo abgesehen. Die Europäische Union

kauft 75 Prozent der russischen Gasexporte und 50 Prozent der russischen Ölexporte. Ein EU-Energie-Embargo gegen Russland würde Putins geopolitische und wirtschaftliche Position erheblich schwächen.

Ein vollständiges Embargo hätte aber auch erhebliche Auswirkungen auf die globalen Energiemärkte und die EU-Wirtschaft. Für Europa wäre ein sofortiges Embargo für fossile Brennstoffe mit erheblichen Kosten verbunden, da sie bisher etwa 40 Prozent ihres Erdgases und etwa 25 Prozent ihres Erdöls aus Russland importierte. Im Vergleich dazu importieren die USA 8 Prozent ihres Erdöls und das Vereinigte Königreich nur etwa 5 Prozent seines Erdgases und Erdöls aus Russland. Nach einer zweimonatigen Vorbereitungszeit haben Deutschland und andere Länder ihre Abhängigkeit nun verringert und alternative Bezugsquellen, insbesondere für Öl, gefunden. Dennoch könnte es sich als schwierig erweisen, die Zustimmung aller EU-Länder zu erhalten – nicht zuletzt wegen der verbleibenden Abhängigkeit von russischem Gas. In einem kürzlich erschienenen wissen-

### GASTBEITRAG

## Zoll auf die Einfuhr fossiler Brennstoffe aus Russland

GUNTRAM WOLFF UND GEORG ZACHMANN



schaftlichen Artikel argumentieren wir, dass ein Zoll auf die Einfuhr russischer fossiler Brennstoffe es ermöglichen würde, Putins Energierenten zu senken und gleichzeitig den Fluss von Gas und Öl aufrechtzuerhalten. Im Gegensatz zu

einem vollständigen Embargo kann der Zoll an die wirtschaftliche und politische Dynamik der Konflikte angepasst werden.

Aber würden die Kosten eines Zolls nicht in erster Linie von den europäischen Verbrauchern getragen werden? Die Auswirkungen eines Zolls auf die Inlandspreise hängen davon ab, ob Verkäufer und Käufer über relativ bessere Alternativen verfügen. Je schwieriger es für Russland ist, seine Lieferungen auf andere Bestimmungsorte umzulenken, desto höher wird der Anteil des Zolls sein, der von Russland getragen wird. Und je einfacher es für die europäischen Länder ist, ihre Nachfrage zu senken oder alternative Energiequellen zu finden, desto geringer wird der Anteil des Zolls sein, den die europäischen Verbraucher zahlen.

Die gute Nachricht ist, dass die russischen Exporte kurzfristig nicht ohne weiteres umgelenkt werden können. Infrastrukturelle Engpässe verhindern eine wesentliche Umleitung von Gas und sogar von Öl beispielsweise in asiatische Länder. Beim Erdöl werden die begrenzten Verbindungen zwischen den

russischen Pipelines, die nach China führen, und den Pipelines von den westsibirischen Feldern, die nach Westen führen, Russland daran hindern, das ursprünglich für den europäischen Markt bestimmte Öl über Pipelines nach China zu bringen. Stattdessen wäre Russland gezwungen, seine Häfen an der Ostsee und am Schwarzen Meer zu nutzen, um die Ausfuhren an asiatische Kunden zu steigern. Die Hafenkapazitäten und der Zugang zu genügend Schiffen werden die Ausfuhren einschränken.

Was das Gas betrifft, so ist die einzige Gaspipeline, die Russland und China verbindet, derzeit die 2019 eingeweihte „Power of Siberia“-Pipeline mit einer Kapazität von 38 Milliarden Kubikmeter Gas im Jahr – während die Pipeline-Exporte nach Europa über 150 Milliarden Kubikmeter im Jahr betragen. Im vergangenen Jahr hat Russland nur 16,5 Milliarden Kubikmeter Gas nach China geliefert. Das Land wird Zeit und Investitionen brauchen, um die bestehende Pipeline, die nicht an die Gasfelder angeschlossen ist, die den Westen versorgen, vollständig zu nutzen – ganz zu

„Die Neigung, Kinder zu bekommen, ist sowohl bei Deutschen als auch bei Migrantinnen in den letzten zehn Jahren gestiegen“, betont Bujard, wobei es je nach Herkunft große Unterschiede bei der Fertilität gebe. Die steigende Geburtenziffer bei Frauen mit deutschem Pass führt er auf die verbesserte Familienpolitik mit Kita-Ausbau und Elterngeld zurück. „Das hat vor allem Akademikerinnen geholfen und mit den Ausschlag darüber gegeben, dass die Geburtenquote in den vergangenen Jahren gestiegen ist.“ Bundesweit hatte die Quote mit 1,3 Kindern je Frau vor ungefähr anderthalb Jahrzehnten einen Tiefpunkt markiert.

Während die Zahl der Geburten leicht gestiegen ist, zeigt sich bei Eheschließungen der gegenteilige Trend: Im Jahr 2021 sind sie auf einen historischen Tiefstand gesunken, rund 357.800 Paare haben geheiratet. Das waren 15.500 weniger als im ersten Corona-Jahr 2020, in dem die Zahl bereits um ein Zehntel gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen war. „Weniger Eheschließungen wurden auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik lediglich während des Ersten Weltkriegs in den Jahren 1915 bis 1918 registriert. Für die Kriegsjahre 1944 und 1945 liegen keine Daten vor“, vermerken die Wiesbadener. In den zehn Jahren vor Corona hatten jedes Jahr knapp 400.000 Paare geheiratet. Der Forscher sieht den Rückgang von Eheschließungen im Zusammenhang mit der Schwierigkeit, in Corona-Zeiten eine große Feier zu organisieren. Dass sich das Familienbild oder Geschlechterrollen ruckartig verändert hätten, glaubt er nicht. Zumindest würden das die Daten nicht hergeben.

Bei den Heiraten zeigt sich eine Ost-West-Spaltung: Im Osten war der Rückgang mit minus 8,6 Prozent deutlich stärker als im Westen mit minus 3,5 Prozent. Dazu dürfte beigetragen haben, dass die Zahl der Menschen im Alter um 30 Jahre in Ostdeutschland abnimmt. „Bei den etwa 30-Jährigen sind die Heiratsraten üblicherweise am höchsten“, vermerken die Statistiker. In den östlichen Bundesländern befinden sich die schwach besetzten Geburtsjahrgänge – von Anfang der 1990er-Jahre – gerade im Alter, in dem eine Eheschließung anstehe.

Demografisch brachte das Jahr 2021 noch einen Negativrekord. Den Destatis-Zahlen zufolge gab es 2021 einen so großen Sterbeüberschuss wie noch nie seit Gründung der Bundesrepublik und der DDR. Den Statistiken zufolge starben in Deutschland erstmals in Friedenszeiten mehr als eine Million Menschen – die Wiesbadener zählten exakt 1.023.723 Sterbefälle. Setzt man dies in Relation zur deutlich niedrigeren Zahl der Geburten, wäre die deutsche Bevölkerung ohne Zuwanderung um rund 228.000 geschrumpft. Tatsächlich hat sich die Einwohnerzahl seit 2019 kaum mehr verändert.

Die große Migrationsbewegung war mit der Pandemie zwar zum Erliegen gekommen, dennoch kamen weiter unter dem Strich genügend Menschen aus dem Ausland nach Deutschland, um das Geburtendefizit auszugleichen. Die Statistiker bezifferten die Einwohnerzahl Deutschlands im September 2021 auf 83,2 Millionen Menschen. „Trotz Rekord-Geburtendefizit hat die Bevölkerungszahl im letzten Jahr einen neuen historischen Höchststand erreicht. Noch nie lebten so viele Menschen in Deutschland“, sagt Lingnau.

Er erwartet zwar, dass der Ukraine-Krieg in diesem Jahr einen Rückgang der Geburtenzahlen zur Folge haben wird. Zugleich prognostiziert er: Durch die steigende Zahl von Geflüchteten aus dem Osten werde die Bevölkerung der Bundesrepublik auch 2022 ein neues historisches Hoch erreichen.

schweigen von den Exportmengen, die denen des europäischen Marktes entsprechen. Die EU könnte daher sicherstellen, dass die Zolleinnahmen größtenteils von Russland gezahlt werden.

Um die strategische Position Europas zu verbessern, ist es nun von zentraler Bedeutung, dass sich die politischen Entscheidungsträger in der EU darauf konzentrieren, die Nachfrage nach Gas und Öl zu senken und gleichzeitig alternative Quellen weiter auszubauen. Höhere Gas- und Ölpreise sind zwar unpopulär, reduzieren aber die Nachfrage. Anstatt die Verbrauchs- oder Mehrwertsteuer auf Energie zu senken, könnten die politischen Entscheidungsträger die Einnahmen aus dem Zoll verwenden, um die am stärksten Betroffenen mit pauschalen Transfers zu unterstützen. Die Zolleinnahmen sollten ausreichen, um die Verbraucher für die Preissteigerungen zu entschädigen.

■ Guntram Wolff ist Direktor des Brüsseler Thinktanks Bruegel und Teilzeitprofessor an der Freien Universität von Brüssel. Georg Zachmann ist Senior Fellow bei Bruegel.